

DIE POLITIK RUSSLANDS GEGENÜBER INDIEN, PAKISTAN UND AFGHANISTAN

Martin Malek

1. Russlands Politik in Südasiens und die „multipolare Welt“

Der russischen Außen- und Sicherheitspolitik liegt das Konzept der „multipolaren Welt“ zugrunde, das auf den ehemaligen Außenminister und Ministerpräsidenten Jewgenij Primakow zurückgeht. Es postuliert zumindest sechs weltpolitische „Pole“, nämlich Russland, die EU, die USA, China, Indien und Japan (doch dezidiert nicht die NATO) und ist explizit gegen eine „einpolige Welt“ gerichtet, welche die USA nach vorherrschender russischer Überzeugung anstreben. Offenkundig handelt es sich hier um einen Versuch, das wirtschaftlich schwache Russland in einen „Kreis gleichberechtigter Großmächte“ zu reklamieren.

Verschiedene russische und westliche Beobachter erlagen einem Irrtum, als sie nach den Anschlägen des 11. September 2001 in den USA die „multipolare Welt“ für hinfällig erklärten, weil Russland nun endgültig auf einen „prowestlichen Kurs“ gegangen sei. So kommt die „multipolare Welt“ in jenen politischen Dokumenten, welche Russlands Präsident Wladimir Putin am 2. Dezember 2002 in Beijing und zwei Tage später in New Delhi unterzeichnete, jeweils mehrmals vor. Der unabhängige russische sicherheitspolitische Analytiker Pawel Felgenhauer meinte denn auch: „The preceding 'multipolar world' doctrine, based on the idea of a strategic triangle between Moscow, Delhi and Beijing to oppose U.S. influence, seems to have survived“.¹

Ein ebenfalls von Primakow (übrigens anlässlich eines Besuches in New Delhi Ende 1998) angeregtes „Dreieck“ Russland-China-Indien wäre aus Moskauer Sicht eine wichtige Ergänzung zur „multipolaren Welt“. Es würde Russland mit zwei weltpolitisch sehr bedeutenden und dem Westen (und vor allem den USA) bekannt skeptisch bis kritisch gegenüberstehenden Ländern verbinden, die gleichzeitig die wichtigsten Kunden seiner Rüstungsindustrie sind: Beijing und New Delhi kaufen etwa 70 Prozent (sind ca. drei Milliarden US-Dollar jährlich) des gesamten russischen Rüstungsexports. Dieser darf, so betonen russische Vertreter immer wieder, nicht von den außenpolitischen Zielsetzungen Moskaus getrennt gesehen werden: „Indem wir sowohl die Verteidigung Indiens wie auch Chinas stärken, stärken wir die Sicherheit Russlands“. Moskau setzt auch zwecks Beschaffung von finanziellen Ressourcen für die Modernisierung seiner Streitkräfte massiv auf den Waffenhandel.

Putin rief Anfang Dezember 2002 zu mehr Kooperation zwischen Russland, Indien und China auf. Die Moskauer Regierungszeitung glaubte konkret an eine Rolle dieses „Dreiecks“ auch bei der Bekämpfung des Terrorismus (in seiner Moskauer Interpretation), mit der die russische Politik in letzter Zeit die meisten ihrer irgendwie relevanten internationalen Initiativen in Zusammenhang zu bringen pflegt. Russland sieht in Separatismus und Terrorismus eine gemeinsame Bedrohung für alle drei Staaten: Moskau habe das Tschetschenienproblem, Chinas Einheit sei in Tibet, Sinkiang und Taiwan bedroht, und Indien sei in Kaschmir gefährdet. Der Umstand, dass Moskau selbst Separatisten in verschiedenen Ländern der GUS politisch und militärisch unterstützt hat (Dnjestr-Gebiet/Moldowa, Abchasien und Südossetien/Georgien, Berg-Karabach/Aserbaidschan), ist traditionell kein Thema zwischen Russland einerseits sowie China und Indien andererseits: Beide Mächte respektieren die russischen „Sonderinteressen“ in der GUS und stehen auch hinter der russischen „Antiterror-Operation“ in Tschetschenien. Es ist kaum zu bezweifeln, dass sich Russland gerne in der Rolle des informellen Anführers des imaginären „Dreiecks“ sehen würde, obwohl es die mit weitem Abstand geringste Bevölkerungszahl unter den drei Ländern aufweist. Putin setzte sich Anfang Dezember 2002 dafür ein, die nach wie vor bestehenden territorialen Streitigkeiten zwischen China und Indien, die 1962 zu einem Grenzkrieg geführt hatten, nicht zum Anlass für eine neue Kontroverse zu nehmen. Moskau kann denn auch kein Interesse an einem ernstem Konflikt zwischen den beiden anderen „Ecken des Dreiecks“ haben, da dieses dadurch massiv geschwächt würde - und aus russischer Sicht kann nur ein intaktes „Dreieck“ dem Einfluss der USA in Asien effektiv entgegenzutreten.

Allerdings ist vor allem Indien durchaus an tragfähigen Beziehungen zu Washington interessiert. Zwischen Indien und China herrscht nach wie vor erhebliches Misstrauen, und ihre (auch atomare) Rüstung ist zu einem nicht unerheblichen Teil gegeneinander gerichtet. Zudem ist der Erzfeind Indiens, Pakistan, ein alter Klient Beijings, das auch das militärische Nuklearprogramm Islamabad unterstützt hat. Daher ist eine Institutionalisierung des „Dreiecks“ in absehbarer Zeit illusorisch. Von einer „gemeinsamen Front“ etwa gegen den Westen kann schon überhaupt keine Rede sein.

2. Indien: Der bevorzugte Partner Moskaus in Südasiens

2.1. Aktuelle Entwicklung der Beziehungen

Indien gehört schon seit Jahrzehnten zu den bevorzugten Ansprechpartnern Moskaus. Der Freundschaftsvertrag von 1971 wurde 1991 (und damit knapp vor dem Zerfall der UdSSR) noch verlängert. 1993 trat ein neuer russisch-indischer Freundschaftsvertrag an seine Stelle. Die „Konzeption der Außenpolitik der Russländischen Föderation“ aus dem Jahre 2000 postuliert eine „Vertiefung der traditionellen Partnerschaft mit Indien“, die zur „Überwindung der in der südasiatischen Region vorhandenen Probleme und der Stärkung von Stabilität in der Region“ führen solle.

Moskau und New Delhi versichern einander immer wieder ihre Übereinstimmung in den Hauptfragen der internationalen Politik. Bei seinem Besuch in Indien Anfang Dezember 2002, der in betont herzlicher Atmosphäre

abließ, unterstützte Putin eine ständige Mitgliedschaft Indiens im UNO-Sicherheitsrat ebenso wie dessen Beitritt zur „Schanghai-Organisation für Kooperation“, der außer Russland noch China, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Tadschikistan angehören und deren Tätigkeit sich vor allem seit 1999/2000 auf die Bekämpfung des Terrorismus konzentriert. Gleichzeitig unterstützt Indien eine russische Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO).

2.2. Rüstungskooperation

Es handelt sich hier um das Kernstück der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland einerseits und Indien und China andererseits, da Moskau außer Waffen und Atomreaktoren wenig anzubieten hat. So beträgt das Gesamtvolumen des indisch-russischen Handels nur zirka 1,5 Milliarden US-Dollar, was sogar geringer ist als der Handelsaustausch zwischen Russland und dem vergleichsweise winzigen Österreich.

Vor allem Luftwaffe und Kriegsmarine (weniger die Landstreitkräfte) Indiens sind mit sowjetischen bzw. russischen Waffen ausgerüstet. Indien beschränkt sich nicht auf einen bloßen Ankauf russischer Rüstungsmaterials: Es stellt russische Waffen in Lizenz her, und es laufen auch gemeinsame Entwicklungen. Bedeutend ist hier die bereits erfolgreich getestete überschallschnelle Anti-Schiffs-Cruise Missile „BrahMos“, die der indische Präsident Abdul Kalam (selbst ein Raketenspezialist) beim Staatsbankett zu Ehren Putins in New Delhi am 4. Dezember 2002 hervorhob. Indien finanziert auch die Entwicklung von neuen russischen Waffen, um diese dann zu erhalten. Angeblich beliefern die Waffenschmieden Russlands die indischen Streitkräfte mit Geräten, die (aus Geldmangel) nicht einmal in der russischen Armee selbst eingeführt sind. Das ist ein signifikanter Unterschied zu China, das nur Waffen bekommt, über die auch die russische Armee verfügt. Offenkundig vertraut Moskau Indien mehr als China, dem insbesondere im russischen Fernen Osten gerne unterstellt wird, begehrliche Blicke auf die dünn besiedelten Gebiete jenseits der gemeinsamen Grenze zu werfen.

3. Russland und der Kaschmir-Konflikt

3.1. Die Moskauer Position

Nach Angaben seines Außenministeriums hat sich die Position Russlands zum Kaschmir-Konflikt seit sowjetischer Zeit nicht gewandelt. Moskau betrachtet Kaschmir als Teil Indiens, weil es in dessen Verfassung so verankert ist. Russland tritt in internationalen Organisationen und Gremien (UNO-Sicherheitsrat usw.) nicht für die Durchführung eines Referendums in Kaschmir ein. Ein solches wird von Pakistan unter Berufung auf UNO-Resolutionen vom 13. August 1948 und 5. Jänner 1949 sowie auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker verlangt. Dabei soll die mehrheitlich moslemische Bevölkerung Kaschmirs entscheiden, ob sie zu Indien oder zu Pakistan gehören möchte.

3.2. Russische Lösungsvorschläge

Das russische Außenministerium und die klare Mehrheit der russischen Südasien-Experten treten für eine Erklärung der indisch-pakistanischen „Line of Control“ (d.h. die Waffenstillstandslinie von 1949) durch Kaschmir zu einer internationalen Grenze ein. Damit würde, so argumentiert Moskau, keine der beiden Parteien etwas verlieren, und der seit langer Zeit herrschende Zustand erführe eine Formalisierung. Russland tritt für eine Regelung des Kaschmir-Konflikts auf der Grundlage der indisch-pakistanischen Vereinbarungen von Simla (1972) und Lahore (1999) ein. Diese werden jedoch von Indien und Pakistan durchaus unterschiedlich interpretiert, sodass hier kein fester Ansatzpunkt für eine Lösung gegeben ist. Ein unabhängiges Kaschmir ist für das russische Außenministerium nicht lebensfähig und daher nicht realistisch.

Zwischen 16. September und 8. Oktober 2002 fanden in vier Phasen Wahlen zur Legislativen Versammlung von Jammu und Kaschmir statt. Pakistan verurteilte sie als „ungesetzlich“. Das russische Außenministerium nannte sie dagegen „frei und fair“; ihre bloße Durchführung zeuge vom Willen New Delhis und „des Volkes von Jammu und Kaschmir, die Situation in ein normales Fahrwasser zurückzuführen“. „Extremistischen Elementen“ in Kaschmir sei es nicht gelungen, die Abstimmung zum Scheitern zu bringen.

3.3. Russland, Indien und der „Terrorismus in Kaschmir“

Moskau und New Delhi haben einander in mehreren bilateralen Dokumenten Hilfe bei der Terrorbekämpfung zugesagt. Bemerkenswert ist insbesondere ein Anfang Dezember 2002 unterzeichnetes Memorandum der beiden Regierungen, dessen Annex die Einrichtung einer „Gemeinsamen russisch-indischen Arbeitsgruppe über die Bekämpfung des internationalen Terrorismus“ vorsieht. Diese soll unter anderem für einen intensivierten Austausch geheimdienstlicher Informationen, eine engere Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste sowie Kooperation bei der Ausbildung von Spezialeinheiten sorgen. In einer „Deklaration über die weitere Stärkung der strategischen Partnerschaft zwischen der Russischen Föderation und der Republik Indien“ bescheinigten sich die beiden Länder, „Opfer von Terrorismus“ zu sein. Es fiel auf, dass in den Dokumenten der Indien-Visite Putins Anfang Dezember 2002 Kaschmir explizit Erwähnung fand, Tschetschenien jedoch nicht.

Indiens Premierminister Atal Bihari Vajpayee drückte die Hoffnung aus, dass Russland eine wichtige Rolle dabei spielen könne, Pakistan von seiner „staatlichen Politik der Unterstützung für Terrorismus“ abzubringen. Pakistan und seinem Geheimdienst Inter-Services Intelligence (ISI) wird in Russland oft vorgeworfen, islamische Terroristen in Jammu und Kaschmir mit Waffen zu versorgen. Ein Teil der islamischen Kämpfer, die in Kaschmir aktiv sind, sei im Afghanistan der Taliban ausgebildet worden. Das russische Außenministerium vertritt die Ansicht, dass es Pakistan internationalen Terroristen explizit erlaubt, von seinem Territorium aus gegen Indien zu

operieren. Auch Putin forderte am 4. Dezember 2002 Pakistan von Indien aus auf, jene „terroristische Infrastruktur“ zu beseitigen, die Operationen in Kaschmir diene. Pakistan bestreitet naturgemäß, eine solche „Infrastruktur“ zu beherbergen oder überhaupt Terrorismus zu unterstützen, und spricht von „Freiheitskämpfern“ in Kaschmir. Zudem legte es Russland nahe, sich mehr um den „Völkermord der indischen Armee in Kaschmir“ zu kümmern.

Moskau meint, dass man nicht davon ausgehen dürfe, dass das Kaschmir-Problem die Normalisierung der indisch-pakistanischen Beziehungen behindere. Vielmehr würde „eine Einstellung des grenzüberschreitenden Terrors und eine allgemeine Normalisierung der Beziehungen zwischen Indien und Pakistan die Hindernisse auf dem Weg zu seiner Lösung beseitigen“. Damit liegt der Schlüssel für die Lösung des Kaschmir-Problems aus Moskauer Sicht in Islamabad.

Das Außenministerium Pakistans nennt unter den Prioritäten seiner Russland-Politik auch eine Kooperation bei der Bekämpfung des Terrorismus. Eine russisch-pakistanische Arbeitsgruppe zu Fragen der Terrorbekämpfung mit den stellvertretenden Außenministern der beiden Länder, Anatolij Safonow und Anisuddin Achmad, tagte erstmals am 2. und 3. Dezember 2002 im russischen Außenministerium und besprach unter anderem die Lage in Afghanistan.

3.4. Russische Vermittlung?

Im Sommer 1965 führten Indien und Pakistan zum zweiten Mal Krieg um Kaschmir. Der Ministerpräsident der UdSSR, Alexej Kossygin, lud daraufhin den indischen Ministerpräsidenten Lal Bahadur Shastri und den pakistanischen Militärdiktator Ayub Khan in die usbekische Hauptstadt Taschkent ein, wo sie sich im Jänner 1966 auf einen Gewaltverzicht einigten. Daran erinnern mit Südasien beschäftigte russische Vertreter bis heute immer wieder, auch wenn sie meist nicht erwähnen, dass die damaligen Moskauer Aktivitäten kaum uneigennützig waren: „Die Sowjetunion strebte die Rolle eines Schiedsrichters in Südasien an und hoffte, dadurch mehr weltpolitischen Einfluss zu gewinnen“.

Heute schließen Moskau wie Islamabad eine russische Vermittlung im Kaschmir-Konflikt aus. Das russische Außenministerium meinte unmissverständlich, nur bereit zu sein, Indien und Pakistan „zusammenzubringen“. Der Botschafter Russlands in Indien, Alexander Kadakin, sprach sich gegen eine „Internationalisierung“ des Kaschmir-Konflikts „ohne äußere Einmischung oder Vermittlung“ und für bilaterale Verhandlungen zwischen Indien und Pakistan aus. Russland dränge sich als Vermittler nicht auf, sei aber bereit, „die Bewegung der beiden Länder auf gegenseitiges Verständnis hin zu unterstützen“.

Der Botschafter Pakistans in Russland, Iftikhar Murshed, hatte den Eindruck, dass Putin bei der „Conference on Interaction and Confidence-Building Measures in Asia“ im kasachischen Almaty Anfang Juli 2002 versucht hat, als Vermittler zwischen den beiden Ländern aufzutreten. Der pakistanische Präsident Pervez Musharraf habe das - im Unterschied zu Vajpayee - auch akzeptiert. Indien meint jedoch, dass Kaschmir seine innere Angelegenheit sei und es daher nichts zu vermitteln gäbe.

4. Russland: In Pakistan werden Fundamentalisten ausgebildet

Das Moskauer Außenministerium sieht es als erwiesen an, dass russische Moslems in pakistanischen Koranschulen ausgebildet werden; nach ihrer Rückkehr nach Russland verbreiteten sie Fundamentalismus (in Russland zieht man meist den Begriff „Wahabbismus“ vor, der den Iran ausklammert und gleichzeitig auf Saudi-Arabien verweist). Moskau hat Islamabad denn auch mehrmals darauf aufmerksam gemacht, aber dieses beruft sich darauf, dass die Koranschulen nichtstaatlich und mit Geld aus dritten Ländern (z.B. Saudi-Arabien) betrieben werden. Musharraf habe, so Moskau, selbst eingeräumt, dass die Schulen ein Problem darstellen - sie würden teilweise von moslemischen Radikalen zur Ausbildung von Terroristen missbraucht.

Es ist unbestritten, dass mit saudischen Mitteln finanzierte islamische Hochschulen in Pakistan Studenten aus dem ehemals sowjetischen Mittelasien ausbilden, das zur GUS gehört und daher von Moskau als „besondere Interessenzone“ beansprucht wird. Moskau glaubt daher auch, in Mittelasien nicht nur militärisch und politisch, sondern auch „kulturell - und konkret medien-, sprach- und bildungspolitisch - präsent bleiben zu müssen. Diesem Ziel dienen auch die 1993 beziehungsweise 1998 gegründeten „slawischen Universitäten“ in Bischkek (Kirgisien) und Duschanbe (Tadschikistan).

5. Pakistan und die Taliban aus russischer Sicht

Pakistan droht aus russischer Sicht eine „Talibanisierung“ oder jedenfalls eine Unterminierung der weltlichen Grundlagen des Staates (was Moskau im Falle des Iran jedoch nicht zu stören scheint). Mitunter wurde auch nach dem Ende der Taliban in Afghanistan die Befürchtung ausgesprochen, dass sich „die Geschichte mit den Taliban in Pakistan selbst wiederholen kann“.

Für Russland haben Pakistan und seine Geheimdienste maßgeblich zur Entstehung und zum Erfolg der Taliban beigetragen. Moskau hatte immer wieder gemeldet, dass reguläre pakistanische Truppen, darunter Luftwaffeneinheiten, an der Seite der Taliban gegen die Nordallianz kämpfen würden. Manche russische Quellen lasteten auch Geheimdiensten der USA und sogar Israels an, die Taliban begünstigt zu haben, von denen Moskau seine Interessen nicht nur in Zentralasien massiv bedroht glaubte. Einer der oft wiederholten russischen Hauptvorwürfe gegen die Taliban lautete, dass sie auf dem von ihnen kontrollierten Territorium Afghanistans Ausbildungslager für „Terroristen (auch) aus Tschetschenien“ eingerichtet bzw. geduldet hätten.

6. Die „tschetschenische Tangente“ der russisch-pakistanischen Beziehungen

In Russland ist oft die Behauptung anzutreffen, dass die „Terroristen“ in Tschetschenien, Kaschmir und anderen Konfliktgebieten (Kosovo, Algerien, Südphilippinen usw.) „Glieder einer Kette“ seien. Das Moskauer Außenministerium warf Pakistan vor, bestimmte Funktionäre der tschetschenischen Rebellen (so Ex-Präsident Selimchan Jandarbijew) „mit offenen Armen“ empfangen zu haben; sie seien erst ausgewiesen worden, als die russische Botschaft in Pakistan intervenierte. Moskau meldete auch immer wieder, dass Abgesandte der tschetschenischen Rebellen in Pakistan islamische Extremisten getroffen hätten. Russland hat Pakistan allerdings nie offiziell beschuldigt, die tschetschenischen Rebellen zu unterstützen. Auch Aktivitäten tschetschenischer Kämpfer in Kaschmir wurden von russischer Seite bisher nicht behauptet.

Pakistan vertritt offiziell die Ansicht, dass Tschetschenien ein integraler Teil Russlands und nicht mit Kaschmir vergleichbar sei, weil die UNO Kaschmir als rechtlich umstrittenes Territorium anerkannt habe; das sei bei Tschetschenien nicht der Fall. Dieses sei auch, so Islamabad, im Unterschied zu Kaschmir kein Streitfall zwischen zwei Staaten. Allerdings kritisieren auch Vertreter der Botschaft Pakistans in Moskau „Exzesse der russischen Armee“ in Tschetschenien. Auf der internationalen Ebene forciert Pakistan das Thema aber offenkundig nicht, und Musharraf verurteilte die Geiselnahme in einem Moskauer Musicaltheater durch ein tschetschenisches Kommando (23. bis 26. Oktober 2002) sofort.

7. Rüstungslieferungen Russlands an Pakistan?

Die Sowjetunion hatte Pakistan 1968 Waffen (darunter einige Panzer und Hubschrauber) geliefert, um zu zeigen, dass sie das Gleichgewicht in Südasien bewahren und als „Schiedsrichter“ im Spiel bleiben will. Das war jedoch eine Ausnahme. Pakistan steht der engen russisch-indischen Rüstungskoooperation natürlich ablehnend gegenüber, würde aber offenkundig selbst in diesem Bereich gerne mit Moskau ins Geschäft kommen. So äußerte Musharraf Interesse an Su-30-Kampfflugzeugen. Die Botschaft Pakistans in Moskau interpretierte die 2001 vereinbarte und Mitte 2002 abgewickelte Lieferung von 12 Stück Hubschraubern vom Typ Mi-17 im Wert von zirka 50 Millionen Dollar als Zeichen für die russische Bereitschaft, mit Pakistan ins Rüstungsgeschäft zu kommen. Das Moskauer Außenministerium dementierte dagegen nicht nur jedes Interesse an Rüstungskontakten nach Pakistan, sondern stellte auch den „militärischen“ Charakter der Hubschrauber in Frage: Es handle sich um zivile Transporter. Allerdings führt das bekannte Friedensforschungsinstitut SIPRI eine russische Lieferung von 17 Einheiten Mi-17 an Pakistan 1995/96 unter Waffentransfers. Die Auflösung des Widerspruchs lautet, dass der Mi-17 sowohl schwer bewaffnet wie auch als (ziviles und militärisches) „Arbeitspferd“ eingesetzt werden kann. Pakistan unterhält eine umfangreiche Rüstungszusammenarbeit mit einer anderen früheren Sowjetrepublik, nämlich der Ukraine: Sie lieferte 1997 bis 1999 um 650 Millionen Dollar 320 Panzer T-80DU und sie soll auch Antriebsmaschinen zum pakistanischen Panzer „Al Khalid“ beisteuern.

8. Die atomare Komponente

Russland betrachtet Indien und Pakistan trotz ihrer Atomtests im Mai 1998 nicht als „offizielle“ Nuklearmächte. Moskau hat damals jedoch von den USA verhängte (doch offenkundig nicht effektive) Sanktionen gegen die beiden Staaten wegen der Tests abgelehnt. Die erwähnte „Konzeption der Außenpolitik der Russländischen Föderation“ verlangt einen Beitritt Indiens und Pakistans zum Comprehensive Test Ban Treaty (CTBT) und zum Non Proliferation Treaty (NPT).

Die meisten russischen Experten stufen Ende 2002 das Risiko eines Atomkrieges zwischen Indien und Pakistan als gering ein. Allerdings werden mitunter Zweifel an der Zuverlässigkeit der Sicherungsmaßnahmen in beiden Ländern (vor allem aber in Pakistan) angemeldet, die einen nicht sanktionierten Einsatz von Kernwaffen (etwa durch Terroristen) verhindern sollen. Putin griff diese Bedenken auf und äußerte sie sowohl in einem Interview für die indische Tageszeitung „The Hindu“ als auch dann am 4. Dezember 2002 in New Delhi und fügte hinzu, dass Musharraf Garantien unzureichend seien. Das offizielle Pakistan wies das naturgemäß empört zurück und warf die rhetorische Frage auf, ob das Atompotenzial Russlands gesichert sei. Zudem erinnerte Islamabad an die zahlreichen Berichte über das Verschwinden spaltbaren Materials aus russischen Lagern.

9. Verbesserung der Beziehungen zwischen Russland und Pakistan?

Das Moskauer Außenministerium vertritt die Meinung, dass das ethnisch und sprachlich sehr inhomogene Pakistan zur inneren Konsolidierung einen äußeren Feind in der Gestalt Indiens geradezu brauche. Daher trage vor allem Pakistan an den gespannten Beziehungen zu Indien Schuld.

Musharraf sprach sich ungeachtet der russischen Kritik an seinem Land in einem Interview für eine Moskauer Tageszeitung Mitte August 2002 für eine wichtigere Rolle Russlands im pakistanisch-indischen Verhältnis aus. Russland sei deswegen „einzigartig“, weil es „ein Freund Indiens wie Pakistans“ sei. Kooperation mit Russland, einem der zentralen Akteure der internationalen Szene, sei für Pakistan bedeutend. Putin habe ihm versichert, dass Russland ein Freund Pakistans sein wolle, und das sei sehr zu begrüßen. - Diese Äußerungen Musharraf sind zweifellos von Zweckoptimismus dominiert. Zwar gibt es Versuche der Verbesserung des Verhältnisses zwischen Russland und Pakistan, doch haben sie offenkundige „natürliche Grenzen“. Russland ist klar die skeptischere der beiden Seiten: Es will seine „strategische Partnerschaft“ zu Indien nicht aufs Spiel setzen und zudem verhindern, dass sich Indien und die USA zu sehr annähern.

Offizielle bilaterale Kontakte auf höchster Ebene zwischen Moskau und Islamabad sind selten. In postsowjetischer Zeit hat mit Andrej Kosyrew erst einmal (1993) ein russischer Außenminister Pakistan besucht.

Mitte Juli 2002 traf der pakistanische Geheimdienstchef in Moskau mit dem Chef des russischen Auslandsgeheimdienstes (SWR), Generaloberst Sergej Lebedew, zusammen. Putin lud Musharraf nach Russland ein; diese Visite soll Ende Februar 2003 stattfinden.

In Pakistan hofft man, in den Beziehungen zu Moskau seine geopolitische Lage in die Waagschale werfen zu können. Das betrifft insbesondere den Wiederaufbau Afghanistans und eine Rolle als Transitland für Erdöl- und Ergaspipelines. Tatsächlich unterzeichneten der russische Konzern „Gazprom“ und das pakistanische Ministerium für Naturressourcen 2002 ein Memorandum über den Bau einer Gaspipeline vom Iran über Pakistan nach Indien. Die Zukunft dieses Projekts ist jedoch ungewiss, auch wenn man in Russland glaubt, dass es „den Einfluss Moskaus in Südasien, der nach dem Zerfall der Sowjetunion stark zurückgegangen ist, festigen würde“.

10. Russland und Afghanistan

10.1. Ziele und Prioritäten Moskaus

Die UdSSR brachte es nach ihrer offenen Militärintervention in Afghanistan Ende 1979 trotz eines erheblichen Aufwandes (und von keiner „kritischen Öffentlichkeit“ gestört) nicht fertig, das Land zu unterwerfen, und zog 1989 den Großteil ihrer Truppen ab. Nicht nur islamische Fundamentalisten sind der Auffassung, dass diese Niederlage zum Ende des Sowjetsystems - und in letzter Konsequenz zum Zerfall der UdSSR - beitrug. Dennoch (oder vielleicht gerade deswegen) ist Moskau nach wie vor an der Projektion seines Einflusses in Afghanistan und den angrenzenden Regionen interessiert.

Politische Mitbestimmung. Moskau lässt keinen Zweifel an seinem Bemühen, nicht nur im ehemals sowjetischen Mittelasien (wo es durch westliche Militärpräsenz seit dem Spätsommer 2002 seinen Einfluss relativiert glaubt), sondern auch im von den Taliban befreiten Afghanistan eine wichtige Rolle zu spielen.

Früher oder später, so hofft man in Moskau, werden die USA Zentralasien und damit Afghanistan wieder verlassen - und dann soll Russland bereits in einer guten Ausgangsposition sein. Dabei kann es von einer Interessenkongruenz mit Tadschikistan, dem Iran und Indien ausgehen. Moskau und New Delhi wollen gemeinsam den Einfluss Pakistans in Afghanistan so gering wie möglich halten. Indiens Verteidigungsminister George Fernandez meinte: „Afghanistan is the sphere where Russian and Indian approaches are identical“. Sein russischer Amtskollege Sergej Iwanow beschuldigte Anfang Dezember 2002 Pakistan (freilich ohne es beim Namen zu nennen), die Lage in Afghanistan „destabilisieren“ und der Regierung von Präsident Hamid Karzai schaden zu wollen.

Bekämpfung des Drogenhandels. Moskau zeigte sich von einer angeblich massiven Zunahme der Produktion von Rohstoffen für Drogen in Afghanistan nach den Taliban überaus „beunruhigt“. Unangenehm berührt ist man in Russland naturgemäß von Nachrichten, wonach russische Militärs in Tadschikistan den Drogenhandel nicht nur nicht bekämpfen, sondern an ihm beteiligt sind. Anton Surikow, in manchen Quellen als ehemaliger Geheimdienstmann bezeichnet, meinte im Juni 2001, dass die Drogen auch an Bord russischer Militärflugzeuge oder -züge nach Russland transportiert und dort an Kriminelle verkauft werden. Ein Sprecher der russischen Grenztruppen in Tadschikistan wies diese Erklärungen (natürlich) entschieden zurück.

Terrorbekämpfung. Obwohl seit dem Ende der Talibanherrschaft bereits einige Zeit vergangen ist, beschwerten sich russische Funktionäre (bis hin zum stellvertretenden Außenminister Alexander Losjukow) immer wieder über angeblich nach wie vor vorhandene Lager zur Ausbildung tschetschenischer Kämpfer. Der Sinn solcher Anspielungen ist relativ klar: Die USA müssten von diesen Vorgängen wissen, und wenn sie sie nicht stoppten, könne das nur bedeuten, dass sie die Situation in Afghanistan nicht kontrollierten - oder, was noch viel schlimmer sei, nichts gegen die Lager einzuwenden hätten.

Guljam Sachi Gajrat, Botschaftsrat Afghanistans in Moskau, ließ übrigens keine kritische Distanz zum russischen Krieg in Tschetschenien erkennen. Er erklärte, dass Afghanistan und Russland gleichermaßen „von Terroristen bedroht werden. Jene Probleme, mit denen Russland in Tschetschenien zu tun hat, sind analog zu dem, was jetzt in Afghanistan passiert“.

Auslieferung „russischer Taliban“. Moskau verlangt von den USA eine Auslieferung jener kleinen Gruppe russischer Staatsbürger, welche in Afghanistan für die Taliban gekämpft hatten, dann ab Herbst 2001 in amerikanische Gewalt gerieten und schließlich auf die Marinebasis Guantanamo (Kuba) gebracht wurden. Moskau hatte immer enge Verbindungen zwischen den Taliban bzw. Osama bin Ladens „al-Qaida“ und den Rebellen in Tschetschenien behauptet, doch befinden sich - soweit im Dezember 2002 bekannt - keine Tschetschenen unter den Gefangenen in Guantanamo.

Wirtschaft. Moskau beabsichtigt, in Afghanistan auch auf der ökonomischen Ebene tätig zu werden und vor allem an der Ausbeutung von Erdöl- und Erdgasvorkommen teilzunehmen, wobei es teilweise an Projekten aus der Zeit der sowjetischen Besatzung anknüpfen kann. So gehörten der Delegation, die Verteidigungsminister Iwanow Anfang September 2002 nach Afghanistan begleitete, auch Vertreter diverser Firmen (so des Erdölkonzerns „Rosneft“) an.

Pläne amerikanischer Konzerne, über afghanisches Territorium verlaufende Pipelines zwischen Mittelasien und Pakistan anzulegen, stoßen in Moskau auf schroffe Ablehnung. Es will stattdessen Öl und Gas aus Mittelasien über Russland abtransportiert sehen. Das bringt Transitgebühren und macht Förderländer wie westliche Abnehmer von Moskau abhängig.

Sicherheit für Tadschikistan. Nach wie vor befinden sich mehrere Regionen des - nicht zuletzt aufgrund des Bürgerkrieges 1992 bis 1997 mit etwa 50 000 Toten - völlig verarmten Tadschikistan unter der Kontrolle von Warlords. Das seit 1992 in Duschanbe etablierte Regime von Präsident Emomali Rachmonow hätte sich ohne militärische, politische und wirtschaftliche Unterstützung Moskaus keinesfalls behaupten können. Russland unterhält in Tadschikistan mit der 201. motorisierten Schützendivision (Anfang Dezember 2001 12 500 Mann)

sowie Grenztruppen (10 000) an der über 1200 Kilometer langen Grenze zu Afghanistan seine letzte umfangreiche Militärpräsenz in Mittelasien.

10.2. Russische Militärpolitik

Moskau hatte ab 1996 - wie auch der Iran und Indien - die Nordallianz, die im September 2001 nur noch zirka 10 Prozent des Territoriums Afghanistans kontrollierte, mit über Tadschikistan laufenden Waffen- und Munitionslieferungen gegen die Taliban unterstützt. Die russische Luftwaffe hat deren Stellungen zeitweise bombardiert, und Militärberater aus der in Tadschikistan stationierten russischen 201. Division arbeiteten für die Nordallianz. Vor allem aber lieferte Russland jahrelang militärische Hardware.

Moskau stellte sich rasch auf die neue Lage nach dem von den USA und der Nordallianz im November 2001 herbeigeführten Ende des Taliban-Regimes ein. Ein klares Signal im Hinblick auf seine Ansprüche auf Mitsprache im neuen Afghanistan war noch im gleichen Monat die - für die meisten Beobachter überraschende - Entsendung von 12 Militärtransportflugzeugen nach Bagram bei Kabul. Amerikanische Militärs waren dann verblüfft, als sie in Kabul auf 80 Mitarbeiter des SWR und 20 Soldaten trafen.

Russland entsandte kein Kontingent in die in Kabul stationierte International Security Assistance Force (ISAF), deren Aufstellung der UNO-Weltsicherheitsrat am 20. Dezember 2001 beschlossen hatte. Es begann auf einer anderen Ebene eine überaus rege Militärpolitik in Afghanistan. Dabei verlässt es sich auf die führende Kraft der Nordallianz (dann „Vereinigte Front“), die etwa ein Viertel der Bevölkerung Afghanistans stellenden ethnischen Tadschiken. Sie besetzten die Schlüsselpositionen in der ab 22. Dezember 2001 amtierenden Übergangsregierung von Ministerpräsident Karzai: Yunis Kanuni wurde Innenminister, Abdullah Abdullah Außenminister, und General (inzwischen Marschall) Muhammad Fahim, Nachfolger des kurz vor dem 11. September von der „al-Qaida“ ermordeten Achmed Schah Massud (ebenfalls ein Tadschike) als Militärkommandant der Nordallianz, fungiert bis heute als Verteidigungsminister.

Russische Quellen heben gerne hervor, dass der in der UdSSR ausgebildete Fahim aus seiner Zeit als Mitarbeiter der Geheimpolizei KHAD des (1992 gestürzten) kommunistischen Regimes in Kabul bis heute gute Kontakte zu Militär und Geheimdiensten Russlands hat. Tadschiken aus Tadschikistan waren als Ausbilder in den Einheiten der Nordallianz aktiv, und nach Angaben der Moskauer Presse von Ende 2001 sind 300 bis 400 Mann aus einer Spezialeinheit des Innenministeriums Tadschikistans als Berater von afghanischen Feldkommandeuren sowie Fachleute für Aufklärung, Artillerie und Reparatur von Waffensystemen in den Truppen der Nordallianz geblieben; sie würden in eine neue afghanische Armee eingegliedert. Daraus, so hofft man in Russland, könnten Möglichkeiten resultieren, die künftige afghanische Militärpolitik zu beeinflussen.

Im Februar 2002 hielt sich Fahim ungewöhnlich lange, nämlich eine ganze Woche, in Russland auf. Dabei garantierte ihm sein Amtskollege Sergej Iwanow die militärische und technische Unterstützung Moskaus. Auch Putin machte beim Moskau-Besuch Karzais im Folgemonat klar, dass sich Russland beim Aufbau neuer afghanischer Streitkräfte zu engagieren gedenkt. Zudem besuchte Mitte Oktober 2002 Armeegeneral Nikolaj Patruschew, Chef des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB), Afghanistan und gab bekannt, dass Russland auch beim Aufbau von Geheimdiensten „helfen“ werde.

Beim Besuch von Verteidigungsminister Iwanow in Afghanistan im September 2002 wurden unter anderem russische Rüstungslieferungen und die Ausbildung afghanischer Soldaten durch russische und tadschikische Instruktoren diskutiert. Iwanow sprach Lieferungen von Transporthubschraubern, Fernmeldeausrüstung, LKWs und Ersatzteilen im Umfang von 35 bis 40 Millionen Dollar bis Ende 2002 an. In der Moskauer Presse fanden sich noch konkretere Daten: Russland könnte aus sowjetischen Lagerbeständen bis zu 15 Hubschrauber Mi-24 und Mi-8, bis zu 50 Panzer T-55 und T-62, Panzerfahrzeuge BMP-1, BMP-2 und BTR-60, Luftabwehranlagen „Schilka“, Panzerabwehrwaffen (Kanonen, „Fagot“, „Maljutka“), „Grad“-Raketenwerfer, Schusswaffen, Munition und so weiter gratis nach Afghanistan schicken. Es handle sich dabei, so Iwanow, um veraltetes Gerät, doch sei es unter afghanischen Bedingungen durchaus noch sehr gut brauchbar. (Sämtliche bewaffneten Formationen in Afghanistan sind ganz überwiegend mit sowjetischen und russischen Geräten ausgestattet.) Es ist auch kaum zu bezweifeln, dass Sergej Iwanow seinen afghanischen Gesprächspartnern nahegelegt hat, bei den USA auf einen Verzicht der Nutzung afghanischen Territoriums bei einer allfälligen (von Moskau entschieden abgelehnten) Militäraktion gegen den Irak zu drängen.

11. Fazit

Das russische Interesse an Südasien erklärt sich zu einem erheblichen Teil aus der Vermutung, dass es zu einer der „zentralen Regionen der Konfrontation zwischen islamischen Fundamentalisten und der Weltgemeinschaft“ werden könne. Zudem ist Russland bestrebt, den Einfluss der USA in Zentral- und Südasien möglichst gering zu halten und sich dabei auch auf China und Indien zu stützen.

Russland und Pakistan haben im jeweils anderen Land seit Jahrzehnten ein schlechtes Image. Pakistan war während der Militärintervention der UdSSR in Afghanistan „Frontstaat“ und hat einen gewichtigen Beitrag zur Vertreibung der sowjetischen Truppen geleistet. Russland wirft dafür Pakistan vor, die Taliban in Afghanistan an die Macht gebracht und unterstützt zu haben und Terrorismus in Kaschmir zu begünstigen. Moskau wird auch in der überschaubaren Zukunft klar auf Indien setzen, da dieses aus vielen Gründen der interessantere sowie militärisch, wirtschaftlich und politisch viel potentere Partner (als Pakistan) ist.

Dr. Martin Malek

Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement
der Landesverteidigungsakademie, Wien

Anmerkungen

- 1 Gastkommentar, in: The Moscow Times, 5.12.2002, S. 9
- 2 So der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der Staatsduma, General Andrej Nikolajew, bei einem Briefing in der Staatsduma in Moskau am 15.12.2002 in Anwesenheit des Verfassers.
- 3 Rossijskaja gazeta, 2.12.2002.
- 4 Konzepcija vnešnej politiki Rossijskoj Federacii. Z.B. in: Igor' Ivanov: Novaja rossijskaja diplomatija. Desjat' let vnešnej politiki strany. Moskva 2002, S. 228.
- 5 Nach Vremja Novostej, 5.12.2002, S.1; Izvestija, 5.12.2002, S.1; Politbjuro, 2.12.2002, S. 13.
- 6 Informationen an den Verfasser im für Indien und Pakistan zuständigen Dritten Asien-Department des russischen Außenministeriums, Moskau, 21.8.2002.
- 7 Vgl. z.B. die Meinung eines der führenden russischen Pakistan-Spezialisten, Wladimir Moskalenko (Sektorenleiter im Institut für Orientalistik der Russländischen Akademie der Wissenschaften), in: Nezavisimaja gazeta, 5.6.2002.
- 8 Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation - Information and Press Department/Daily News Bulletin: On the Elections to the Legislative Assembly of the Indian State of Jammu and Kashmir, 15.10.2002.
- 9 „Delhi Declaration on Further Consolidation of Strategic Partnership between the Russian Federation and the Republic of India“ (4.12.2002). Z.B. auf der Homepage des russischen Außenministeriums (<www.mid.ru>).
- 10 Interview, in: Izvestija, 3.12.2002, S. 4.
- 11 Interview mit dem stellvertretenden russischen Außenminister Wjatscheslaw Trubnikow, in: Vremja Novostej, 11.9.2002, S. 4.
- 12 Mitteilung des Außenministeriums Pakistans an den Botschafter Russlands; zitiert nach The Hindu (online), 2.12.2002.
- 13 Gastkommentar des russischen Botschafters in Indien, Alexander Kadakin, in: Nezavisimaja gazeta, 3.12.2002, S. 2.
- 14 Vgl. Pakistan - Russia Relations. Online-Dokument: <http://www.forisb.org/foreign_relations/pak_russia.html> (abgerufen 13.12.2002).
- 15 Dietmar Rothermund: Krisenherd Kaschmir. Der Konflikt der Atommächte Indien und Pakistan. München 2002, S. 38.
- 16 Gastkommentar Kadakins, in: Nezavisimaja gazeta, 3.12.2002, S. 2.
- 17 Gastkommentar, in: Nezavisimaja gazeta, 11.11.2002, S. 2.
- 18 Vgl. dazu Izvestija, 5.12.2002, S. 4.
- 19 Aleksej Malašenko: Musul'mane v načale veka: Nadeždy i ugrozy. Carnegie Moscow Center, Working Papers, No.7, 2002, S. 12.
- 20 Vgl. z.B. Nikolaj Nartov: Geopolitika. Moskva 2002, S. 335f. Es handelt sich hier um ein vom russischen Bildungsministerium empfohlenes Lehrbuch.
- 21 Vgl. dazu Izvestija, 30.10.2002, S. 10.
- 22 Vgl. Transfer and licensed production of major conventional weapons: Exports sorted by supplier. Deals with delivering or orders made 1992 - 2001. Online-Dokument: <http://projects.sipri.se/armstrade/REGISTER_PAK_MTPS_92_01.pdf> (abgerufen 14.1.2003).
- 23 Vgl. die Zusammenfassung einer Diskussion russischer Experten am „runden Tisch“, in: Nezavisimoe voennoe obozrenie, 30/2002, S. 4.
- 24 Vgl. The Hindu (online), 1.12.2002; RFE/RL Newslines - Russia (online), 5.12.2002.
- 25 Vgl. The Hindu (online), 2.12.2002.
- 26 Vgl. Izvestija, 14.8.2002, S. 1f.
- 27 Vremja MN, 14.11.2002, S. 5.
- 28 Zitiert nach: Heinrich Kreft: Indien und Russland. In: Peter Hazdra/Erich Reiter (Hg.): Die sicherheitspolitische Entwicklung in Südasien. Wien 2002, S. 136 (= Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik 3/2002).
- 29 Zitiert nach www.interfax.ru (online), 5.12.2002.
- 30 Nach Security Watch, 12.6.2001; Interview mit Surikow, in: Moscow News, 22/2001, S. 4.
- 31 Vgl. den Gastkommentar des russischen Politologen Wladislaw Schorochow, in: Moskovskie novosti, 17.12.2002, S. 5.
- 32 Zitiert nach Izvestija, 29.11.2002, S. 8.
- 33 Er wurde nach der Loya Jirga im Juni 2002 zum Erziehungsminister „degradiert“. Im Innenministerium folgte ihm der Paschtune Taj Mohammed Wardak nach. Das änderte allerdings wenig an dem Umstand, dass die tadschikische Fraktion in der Regierung weiterhin das Heft in der Hand hält.
- 34 Nach Nezavisimaja gazeta (online), 26.12.2001.
- 35 Nach Izvestija, 18.10.2002, S. 3.
- 36 Nach Kommersant', 7.9.2002, S. 2.
- 37 Im Pandschir-Tal legte Iwanow einen Kranz am Grab von Achmed Schah Massud nieder, der im afghanischen Widerstand gegen die sowjetischen Interventionstruppen in den achtziger Jahren eine zentrale Rolle gespielt hatte. Damals hatte Moskau Massud und seine Leute noch (wie jetzt die tschetschenischen Rebellen) als „Banditen“ bezeichnet. Sein Bruder Achmed Zia Massud ist nun Botschafter Afghanistans in Russland.
- 38 A. V. Torkunov (Redaktion): Sovremennye meždunarodnye otnošenija. Učebnik. Moskva 2001, S. 396. Es handelt sich hier um ein Buch des angesehenen Moskauer staatlichen Instituts für internationale Beziehungen (MGIMO).